

# Der strahlende Nachbar

von Meinrad Heck



**Ein beschauliches Dorf bietet der Atomlobby die Stirn. In Linkenheim-Hochstetten unweit von Karlsruhe erforschen EU-Wissenschaftler mit Steuergeldern und Millionen aus der Industrie neue Generationen von Kernreaktoren. Kritische Bürgervertreter wollen jetzt aber den dafür geplanten Erweiterungsbau eines Forschungsinstituts stoppen. Ein Vermittler soll im Auftrag des grünen Umweltministers die Kastanien aus dem Feuer holen. Es geht um eine exzellente Universität, um viel hochgiftiges Plutonium und um einen Nachbarn, den keiner wirklich kennt.**

K 30/65 wird in wenigen Tagen 27 Jahre alt. Hinter dem Aktenzeichen steckt ein dünnes Dokument, das auf zwei Seiten knapp 300 Wissenschaftlern im Institut für Transurane auf dem Gelände des Karlsruher Forschungszentrums außergewöhnliche Kompetenzen einräumt. Dieses Institut darf seit dem 19. September 1984 jährlich bis zu 180 Kilogramm Plutonium und 50 Kilogramm Uran hinter seinen dicken Stahlbetonmauern lagern und mit diesen Stoffen forschen. Das Papier stammt aus dem baden-württembergischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten. Es war eine sogenannte Änderungsgenehmigung, in der die Menge an radioaktivem Material, mit dem die Karlsruher Forscher umgehen dürfen, signifikant angestockt worden war. Das Problem: Kaum einer hat dieses Schriftstück je gesehen.

**Ausstieg aus der Kernenergie – wozu sie noch erforschen?**

Die 80er-Jahre waren eine Dekade, in der Bürgerbeteiligung bei sensiblen Projekten – wenn überhaupt – eher kleingeredet und geschrieben wurde. Knapp 30 Jahre später ist die Zivilgesellschaft erwachsen geworden. Was früher abgenickt wurde, wird heute gerne gestoppt und vor allem hinterfragt. Nach Fukushima will Deutschland aus der Kernenergie aussteigen, wozu sie also noch erforschen?

Was politisch als beendet gilt, wird auf wissenschaftlicher Ebene vor allem im Forschungszentrum Karlsruhe aber munter weiter betrieben. Es geht um die Forschung an Kernreaktoren der vierten Generation. Reaktoren, die in der Lage sein sollen, langlebige Spaltprodukte mit einer Halbwertszeit von mehreren zehntausend Jahren in kurzlebige von nur noch wenigen hundert Jahren umzuwandeln. Diese sogenannte Transmutation in schnellen Brütern – wenn sie denn funktioniert – ließe das Entsorgungsproblem lösbar erscheinen, und das könnte in der Industrie neue Begehrlichkeiten wecken.

Deshalb tobt seit Monaten in Nordbaden von einer breiten Öffentlichkeit kaum beachtet eine Debatte mit so viel Konfliktpotenzial (siehe auch Artikel "Kritische Masse"), dass der grüne Umweltminister des



Landes, Franz Untersteller, einen Mediator des Öko-Instituts Darmstadt beauftragt hat, die immer wieder hochkochenden Emotionen zu zähmen. Michael Sailer, Atomexperte dieses Öko-Instituts und langjähriges Mitglied der Reaktorsicherheitskommission (RSK), soll vermitteln und Licht ins Dunkel bringen. Im Fokus und vor allem im Dunkeln steht das europäische Institut für Transurane (ITU). Dessen Forschungsqualität und Existenzberechtigung steht eigentlich außer Frage, weil seine Wissenschaftler nur als sogenannte Atomdetektive bekannt sind, die illegalem Nukleartourismus auf der Spur sind und auf deren Sachverstand kein Terrorfahnder und auch keine Öffentlichkeit mehr verzichten kann.

### **Wenigstens beim Baurecht will die Kommune mitreden**

Daher schien der auf 118 Seiten eingereichte Antrag für einen Erweiterungsbau dieses ITU im Rat der nordbadischen Gemeinde Linkenheim-Hochstetten im vergangenen Frühjahr eher unspektakulär. Bis der BUND das Papier veröffentlichte und die Kommunalpolitiker um Bürgermeister Günther Johs auf die Zahl 180 stießen. Jene 180 Kilogramm Plutonium, mit denen die Karlsruhe Atomforscher seit 1984 umgehen dürfen, was kaum ein Außenstehender bis dato realisiert hatte, und jene weitere Tonne radioaktiven Materials, die sie sich mit ihrem 50-Millionen-Euro-Projekt zusätzlich genehmigen lassen wollten. Wofür brauchen die Atomdetektive diese Mengen, und was passiert hinter den zweieinhalb Meter Stahlbeton des Instituts im Karlsruher Norden wirklich?

"Kein Mensch weiß es", kritisiert Bürgermeister Johs. Und der grüne Kommunalpolitiker Uwe Mersch ergänzt: Das Institut für Transurane sei wie "ein unbekannter Nachbar". Das Institut ist Teil des früheren Kernforschungszentrums Karlsruhe, das seit Anfang der 90er-Jahre diesen Namen offiziell aufgegeben hat und nur noch als Forschungszentrum firmiert. Teile dieses Zentrum liegen auf der Gemarkung der 12000-Einwohner-Gemeinde Linkenheim. Atomrechtliche Fragen entscheidet das



baden-württembergische

Umweltministerium.

Aber



wenigstens beim Baurecht darf die Kommune ein Wörtchen mitreden. Weswegen sie mit einem Trick das Projekt zumindest vorerst gestoppt hat.

Die Linkenheimer haben einfach ihren Flächennutzungsplan geändert. Das sogenannte Sondergebiet Forschungszentrum soll künftig ein "Sondergebiet

Tagungshotel" werden. Und wenn das vorgesetzte Landratsamt diese Idee nicht als "Verhinderungsplanung" wieder einkassiert und die aufmüpfigen Linkenheimer doch noch zu einer Baugenehmigung zwingt, wäre der Fall vom Tisch. Ist er aber nicht. Denn das Institut hat mit einer Klage gedroht, und die Gemeinde hat gleichfalls angekündigt, vor Gericht zu ziehen. Deshalb die Mediation mit dem Experten des Öko-Instituts. Der grüne Landes-Umweltminister Franz Untersteller ließ sich unlängst das ITU von innen zeigen. Die Zeit der Basta-Politik ist vorbei, und deshalb will er in der Bevölkerung "Akzeptanz durch Transparenz". Die Karten müssen auf den Tisch, sagt er.

Den Linkenheimern und dem grünen Minister sind die vermutlich wahren Hintergründe der Instituts-Erweiterung jedoch ein Dorn im Auge. Es geht eben nicht nur um die geschätzte Arbeit von Atomdetektiven, sondern um die Erforschung von jenen Kernreaktoren der vierten Generation, um die Schließung des Brennstoffkreislaufes, vielleicht auch um medizinische Forschung. Aber wozu diese riesigen Mengen an Plutonium und Uran? Für den Bürgermeister, dem klar ist, dass er als Nicht-Kernphysiker eben nicht alles weiß und wissen kann, hat das "den Charakter eines Mini-Kernkraftwerkes". Alles andere klingt für ihn wie "eine Verniedlichung".

### **Millionen von der Atomlobby**

Gegenüber der Kontext:Wochenzeitung hatte der Leiter des ITU, Thomas Fanghänel, vor Wochen erklärt, auch in Zeiten des Atomausstiegs wäre es aus wissenschaftlicher Sicht "ein Frevel", diese Technologie nicht weiter zu erforschen. Deutsche oder lokale Standortinteressen sind demnach eher zweitrangig. Das ITU ist eine europäische Einrichtung und versteht sich als unabhängig. Jene so kritisierten 180 Kilogramm Plutonium seien "noch nie" im ITU gelagert worden. Es handle sich um eine "Vorratsgenehmigung", wonach "maximal" diese Menge erreicht werden dürfe.

Wie viel Plutonium tatsächlich noch im Norden Karlsruhes lagern, mag Fanghänel nicht sagen. Das unterliege der Geheimhaltung. Der Institutsleiter muss auf Nachfrage unserer Redaktion aber einräumen, nicht nur Steuergelder zu erhalten, sondern auch Millionensummen aus der Industrie. Zum Beispiel vom französischen Atomkonzern Areva, der mit dem Bau von Kernkraftwerken weltweit einen Umsatz von mehr als drei Milliarden Euro macht und für den die Karlsruher den besseren Abbrand von Brennelementen erforschen, um den Wirkungsgrad zu erhöhen.

Offiziell gilt dagegen das Thema Atomforschung in Karlsruhe als erledigt. Spätestens seit sich das Zentrum in Forschungszentrum umbenannt hat. Versuchseinrichtungen wie ein Forschungs-Brutreaktor oder eine frühere Wiederaufarbeitungsanlage werden seit Jahren für Milliardensummen abgebaut. Erst im Februar war die Verglasung von 60 000 Liter plutoniumhaltiger Salpetersäure abgeschlossen und mehrere hundert Glaskokillen in Castoren ins Zwischenlager Lubmin abtransportiert worden. Auf genau diesen euphemistisch formulierten "Rückbau zur grünen Wiese" besteht jetzt die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten. Warum also nicht ein hübsches Tagungshotel auf der besagten grünen Wiese? Aber statt Rückbau sieht der örtliche Bürgermeister im viel

kritisierten Institut für Transurane eher "eine Wiederaufrüstung".

Und nicht nur dort geht es um die behauptete Aufrüstung. Die Karlsruher Universität ist vor Jahren mit dem Forschungszentrum zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verschmolzen worden. Diese Exzellenz-Initiative weigert sich seit Jahren, eine sogenannte Zivilklausel zu akzeptieren, um militärische Forschung an der Uni Karlsruhe auszuschließen. Die Universität Tübingen etwa hat eine solche Zivilklausel ausdrücklich eingeführt.

### **Atomkonzern mit Verbindung zur Universität**

Nicht nur das jetzt so im Fokus stehende europäische Institut für Transurane, sondern auch die Uni Karlsruhe profitieren von der Atomlobby. Vor zwei Jahren gaben das KIT und der erwähnte französische Atomkonzern Areva in Karlsruhe die gemeinsame Gründung einer "Areva Nuclear Professional School" bekannt. Ziel war und ist "die Weiterbildung junger Ingenieure und Naturwissenschaftler zu Experten in allen Bereichen der Kerntechnik". Denn "spezielle Lehrangebote im Bereich Nuklearwissenschaften und Ingenieurwesen am KIT in Verbindung mit der industriellen Erfahrung der AREVA NP bieten beste Voraussetzungen für die Spitzenforschung."

In diesem Umfeld läuft die emotionale Debatte um den ITU-Erweiterungsbau. Auch vonseiten der Universität verspüren die Linkenheimer so etwas wie sanften Druck. Der Forschung dürfe man sich nicht verweigern. Die aufmüpfige Kommune aber will Antworten haben und mag sich mit Geheimhaltung nicht mehr abfinden, wohl wissend, dass das ITU und die europäische Dimension "ein starker Gegner" sind. Die vom baden-württembergischen Umweltminister Franz Untersteller angeregte Mediation beginnt nächsten Montag. Sie soll vier Monate dauern und vor Weihnachten abgeschlossen sein. Wenigstens eines wollen die Linkenheimer erreichen: den Verzicht auf die Erforschung neuer Reaktorsysteme. Alles andere, sagt der Grünen-Politiker Uwe Mersch, "ist eine No-go-Area".

Zur Fotogalerie "Strahlendes Erbe" in Baden-Württemberg.

© 2011 Kontext:Wochenzeitung